

NACHRICHTEN

Brauerei muss Risiko minimieren

KRIENS red. Zum Projekt Eichhof West, das neben der Brauerei Eichhof geplant ist, gehört auch ein Hotel und ein Betriebsgebäude. Weil in der Brauerei zur Produktion Ammoniak verwendet wird, gelten erhöhte Sicherheitsauflagen. Deshalb handeln die Brauerei und der Investor des Bauprojekts nun aus, wie die Brauerei so sicher gemacht werden kann, dass nebenan Neubauten erstellt werden dürfen. Das geht aus einer Antwort des Luzerner Stadtrates auf einen CVP-Vorstoss hervor.

Abfallsünder werden gebüsst

DIERIKON red. Die Gemeinde Dierikon büsst zwei Personen mit einer Gebühr von 200 Franken, weil diese im November ihren Abfall rechtswidrig entsorgt hatten. Im Wiederholungsfall droht den Abfallsündern eine Strafklage, wie die Gemeinde im «Dieriker Info» schreibt.

Stadt befürchtet mehr Fluglärm

EMMEN ber. Die Luzerner Bevölkerung könnte künftig stärker unter Fluglärm zu leiden haben. Der Stadtrat befürchtet, dass das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Anzahl Flugbewegungen in Emmen im Rahmen des neuen Stationierungskonzepts zu erhöhen beabsichtigt. Das geht aus seiner Antwort auf einen Vorstoss der Grünen, der SP und der GLP hervor, der nun vorliegt. Die Stadtregierung ist überzeugt, dass sich sämtliche interessierten Kreise jetzt beim Bund präventiv dafür einsetzen müssen, dass die Belastung für die Region in Grenzen gehalten werden könne, heisst es weiter.

Stadtrat: Kein Kontakt zum VBS

Obwohl sich der Stadtrat klar gegen eine Ausweitung der Flüge ausspricht, bestehen zum VBS derzeit keine Kontakte. Dies sei primär Aufgabe des Kantons und der Standortgemeinde Emmen. In Absprache sei der Stadtrat aber bereit, sein Engagement zu Gunsten von Bevölkerung und Tourismus auszuweiten. Ein erster Entwurf zum neuen Stationierungskonzept der Armee sei frühestens im ersten Halbjahr 2013 zu erwarten.

Hochwasserschutz fürs Rontal

GEWÄSSER 20 Millionen Franken sollen in die Verbreiterung der Ron investiert werden. Auch eine Brücke muss abgerissen werden.

OLIVIA STEINER
olivia.steiner@luzernerzeitung.ch

Die Gemeinden Ebikon, Buchrain, Dierikon und Root wollen sich besser gegen künftige Hochwasser wappnen. Konkret geht es um den künstlich angelegten Kanal Ron, also den Abfluss des Rotsees, der bei Root in die Reuss mündet. Einerseits sind Massnahmen für einen besseren Hochwasserschutz geplant, andererseits soll die Ron ökologisch aufgewertet und als Naherholungsgebiet gestaltet werden. Kostenpunkt: rund 20 Millionen Franken. Noch unklar ist die Verteilung der Kosten zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Urs Zehnder, Projektleiter beim Kanton Luzern, erklärt: «Dies wird durch den Regierungsrat festgelegt. Üblicherweise trägt der Bund 35 Prozent der Kosten, der Kanton 25 Prozent und die Gemeinden und Interessierte 40 Prozent.» Die Aufteilung der Kosten zwischen den Gemeinden erfolgt gestützt auf die Anstosslänge.

Bahntrasse wird angepasst

Die Ron war in der Vergangenheit immer wieder über die Ufer getreten und hat das umliegende Land und Wohngebiet überschwemmt. So etwa bei den grossen Hochwassern von 2005 und 2007. Dies soll künftig verhindert werden. Zehnder: «Die Ron soll für ein 100-Jahr-Hochwasser gewappnet sein.» Kernpunkt des Hochwasserschutzes ist daher die Erhöhung der Wasserabflussmenge. Dazu soll die Ron, abgesehen von einem Teilstück in Ebikon, durchgehend verbreitert werden, was rund 5 Kilometer umfasst. Zudem wird der Verlauf der Ron an jener Stelle, an der die Bahnlinie in Richtung Perlen das Gewässer überquert, angepasst. Statt einer S-Kurve soll die Ron künftig nur



Grosseinsatz der Feuerwehr in Root: Das flache Rontal wird bei grossen Regenmengen schnell überflutet – wie hier im Frühling 1999.

Archivbild Neue LZ

eine Kurve aufweisen. Zehnder erklärt: «Diese Stelle ist ein Nadelöhr und kann zu einem Rückstau führen, der sich auf etliche hundert Meter auswirkt.»

Weitere Engpässe sind diverse Brücken wie die kleine Fussgängerbrücke am Anfang des Ronwegs. «Diese kann dazu führen, dass sich das Wasser staut und die Ron über die Ufer tritt. Deshalb soll sie entfernt werden», so Zehnder. Ebenfalls von den Hochwasserschutzmassnahmen betroffen ist die baufällige Brücke auf der Leisibachstrasse. Diese soll neu gebaut und entsprechend der geplanten Verbreiterung der Ron verlängert werden. Zehnder: «Sie soll weiterhin für Lastwagen befahrbar sein, denn sie ist eine wichtige Erschlies-

sungsstrasse für die Landwirtschaft und die CKW.»

Neuer Wanderweg geplant

Nebst den Hochwasserschutzmassnahmen soll der kleine Fluss auch ökologisch aufgewertet werden. Zehnder erklärt: «Momentan ist die Ron ab der Brücke Industriestrasse in Ebikon ein monotoner, zirka 3 Meter breiter Kanal, der durch Betonbretter auf der Seite begrenzt wird.» Neu sollen Breite und Tiefe variieren und das Ufer an mehreren Stellen flacher gestaltet werden, um Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu schaffen.

Auch für Wanderer und Spaziergänger soll es Verbesserungen geben: So ist ein

Fussweg entlang der Ron geplant, um diese besser als Naherholungsgebiet nutzen zu können. Vorgesehen sind auch mehrere Plätze entlang des Gewässers, an denen Spaziergänger zum Verweilen eingeladen werden – so etwa auf treppenartigen Abstufungen am Ufer.

Das Bauprojekt soll bis im kommenden Herbst vorliegen, anschliessend folgt die öffentliche Auflage. Läuft alles nach Plan, starten die Bauarbeiten ab Mitte 2015 und werden im Herbst 2017 abgeschlossen.

Hinweis

Am Montag, 21. Januar, 19.30 Uhr, findet in der Mehrzweckhalle Arena (Schulanlage Dorf) in Root eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.

«Hätte rigoroser auf die Bremse stehen sollen»

KRIENS Gemeindepräsident Paul Winiker (SVP) nimmt Stellung zur Steuererhöhung. Er warnt eindringlich vor einem Nein – und räumt Fehler ein.

Bei einem Nein müsste die Gemeinde Millionen sparen – wo?

Winiker: Vorab bei den Investitionen. Wir könnten dort nur noch Notreparaturen machen und würden handlungsunfähig. Längst fällige Sanierungen etwa beim Amlehn- und Gabeldingenschulhaus sowie Investitionen beim Hort Roggern müssten wir aufschieben. Dazu müsste auch vieles, das Kriens heute wichtig ist, weggelassen werden. Wenn wir etwa Vereinsbeiträge streichen, müssen wir das tun im Wissen darum, dass sich die Vereine ihre lebensnotwendigen Mittel dann anderswo – also bei den bestehenden Mitgliedern etwa in Form höherer Beiträge – holen werden. Holen müssen!

In den letzten Jahren wurden effektiv knapp 4 Millionen Franken gespart, dies bei einem Aufwand von 174 Millionen. Mehr liegt nicht drin?

Winiker: Nein. Denn wir müssen auch in den Folgejahren grosse vorgeschriebene Mehrleistungen erbringen. Etwa im Bereich Vormundenschaft. Ich glaube kaum, dass es der politische Wille ist, wegen dieser neuen Aufgaben bei den alten einen Kahlschlag zu vollziehen.

Sie hoffen auf ein starkes Wachstum, auch dank den Grossprojekten – doch die könnten sich noch jahrelang verzögern. Regiert das Prinzip Hoffnung?

Winiker: Nein. Das Wachstum von 3 bis 4 Prozent ist unter den Wachstumsangaben des Kantons. Wir sind der Meinung, dass das durchaus realistisch ist. Am gleichen Wochenende ist ja auch das Projekt Mattenhof an der Urne. Diese Kombination fördert die bewusste Sensibilisierung der Stimmbürger: Diese Projekte und das Wachstum in Kriens hängen sehr eng zusammen. Machen wir den Schritt vorwärts!

Im Finanzplan schreiben Sie: Je nach Entwicklung wird es für das Budget 2015 eventuell notwendig sein, die

Steuern weiter zu erhöhen, um einen Zwanzigstel. Ist dies nicht schon jetzt absehbar und sollte entsprechend kommuniziert werden?

Winiker: Wenn sich die vielen Bauprojekte in den nächsten drei, vier Jahren realisieren lassen, braucht es das nicht. Wenn sich aber alles verzögert, ist die jetzt beantragte Steuererhöhung nur eine Etappe, kein Befreiungsschlag, und es braucht weitere bedeutende Anstrengungen. Das könnte unter anderem eine weitere Steuererhöhung sein.

Sie sind seit 2007 Krienser Finanzchef, seit 2008 schreibt die Gemeinde ununterbrochen rote Zahlen, dies wohl

noch bis mindestens 2017. Das Eigenkapital ist aufgebraucht, die Verschuldung ist enorm gestiegen – haben Sie Fehler gemacht?

Winiker: (überlegt) Man hat 2010/11 Investitionen realisiert, obwohl wir die Mittel dazu nicht hatten. Da hätte ich rigoroser auf die Bremse stehen sollen. Das Volk denkt dann, es geht der Gemeinde ja gut. Den Leuten ist ein Defizit relativ egal. Aber wenn man Investitionen nicht machen kann, spürt man das. Die Badi etwa hätte man zeitgleich mit der Steuererhöhung vors Volk bringen sollen. Für unsere Probleme ist sie jedoch nicht verantwortlich. Die Badi macht pro Jahr etwa 500 000 Franken aus. Wir aber haben ein Defizit von 8 Millionen Franken.

Nun sind im Finanzplan die Investitionen fürs Zentrumsprojekt nicht enthalten. Dabei läuft doch dort die Planung auf Hochtouren. Werden so nicht die Bürger getäuscht? Schliesslich gehts um Nettoinvestitionen von 20 Millionen.

Winiker: Wir wollen die Budgetdiskussion nicht mit der Zentrumsdiskussion verknüpfen. Jetzt gehts um einen Rumpffplan, um blosse Kernaufgaben, die wir erfüllen wollen. Im Sommer werden wir aufzeigen, was das Zentrumsprojekt finanziell bedeutet. Wir müssen dann halt den Finanzplan revidieren und anpassen. Zudem hat beim Zentrumsprojekt am Schluss auch wieder das Volk an der Urne das letzte Wort.

Das letzte Wort gehört Ihnen: Warum sollen die Krienser am 3. Februar die Steuererhöhung annehmen?

Winiker: Wenn man, wie wir, Ja zu einer eigenständigen Gemeinde gesagt hat, sollte man auch Ja zu einer handlungsfähigen Gemeinde sagen, die ihre Schulhäuser sanieren kann.



Der Krienser Finanzchef Paul Winiker.
Bild Katrin Haunreiter

INTERVIEW LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

NEUE LUZERNER ZEITUNG

IMPRESSUM

Herausgeberin: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstrasse 76, Luzern. Verleger Erwin Bachmann, Präsident des Verwaltungsrates, E-Mail: leitung@lzmedien.ch

Verlag: Jürg Weber, Geschäfts- und Verlagsleiter; Ueli Kalteneider, Lesemarkt; Bruno Hegglin, Werbemarkt; Edi Lindegger, Anzeigenmarkt.

Ombudsmann: Andreas Z'Graggen, andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch

Redaktionsleitung Neue Luzerner Zeitung und Regionalausgaben: Chefredaktor: Thomas Bornhauser (TfB); Stv. Chefredaktoren: Jérôme Martinu (Jem, Leiter regionale Ressorts), Dominik Buholzer (bu, Leiter Zentralschweiz am Sonntag); Gruppe Gesellschaft und Kultur: Arno Renggli (are); Sport: Andreas Ineichen (ain); Leiter Gestaltung, Bild und Illustration: Loris Succo (ls); Visueller Blattmacher: Sven Gallinelli (sg); Reporterpool: Benno Mattli (bem); Leiterin überregionale Ressorts: Nelly Keune (ny, Leiterin Markt/Wirtschaft); Online: Robert Bachmann (bac).

Dienstchef: Nathalie Ehrenzweig (nez).

Ressortleiter: Politik: Jan Flückiger (flj); Newsdesk: Pascal Imbach (pi); Stadt Luzern/Region Luzern: Stefan Roschi a.i. (str); Kanton Luzern: Lukas Nussbaumer (nus); Zentralschweiz: Cyril Aregger (ca); Sport/Journal: René Leupi (le); Piazza: Hans Graber (hag); Dossier: Flurina Valsecchi (flu); Services/Apero: Natalie Ehrenzweig (nez); Foto/Bild: Lene Horn (LH).

Adresse und Telefonnummern: Maihofstrasse 76, Postfach, 6002 Luzern. Redaktion: Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 429 53 83, E-Mail: abo@lzmedien.ch

Billettverkauf: Tel. 0900 000 299 (60 Rp./Min.).

Anzeigen: Publicitas AG, LZ Corner, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Telefon 041 227 56 56, Fax 041 227 56 57, Inserate online aufgeben: www.publicitas.ch Postadresse: Publicitas AG, Maihofstrasse 76, 6002 Luzern.

Technischer Kundendienst Anzeigen: Telefon 041 227 56 56. Für Todesanzeigen an Sonn- und Feiertagen (bis 16 Uhr): E-Mail: inserate@lzmedien.ch oder Fax 041 429 51 46.

Auflage: 118 924 Exemplare (Wemf-beglaubigte Gesamtauflage). Abonnementspreis: 12 Monate Fr. 416.–/6 Monate Fr. 216.– (inkl. 2,5% MWST).

Technische Herstellung: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89. Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.



3. Februar 2013

Abstimmung

die Erhöhung, waren wir allein auf weiter Flur. Weil wir unsere Reserven nach mehreren Sparpaketen in den Vorjahren schon aufgebraucht hatten und deshalb weniger Fettpolster hatten als andere Gemeinden, hat man uns schlicht und einfach nicht geglaubt. Nun sind aber viele Gemeinden in der gleichen schwierigen Situation wie wir. Jetzt glaubt man uns hoffentlich.

Der Stadtrat hat früh eine Liste erstellt mit Positionen, die bei einem Nein zur Steuererhöhung eingespart werden könnten. Warum machen Sie das nicht?

Winiker: Wir sind in Kriens anders vorgegangen, indem wir einen Planungsbericht erstellt und Handlungsvarianten aufgezeigt haben. Da hat der Einwohnerrat erkannt, dass es zur von uns beantragten Mix-Variante aus Sparen, Verzicht und höheren Steuereinnahmen keine Alternative gibt.